

# Mindestfranchise? «Erhöhen» – Bruderholzspital? «Schliessen»

**Gesundheitsökonom** Stefan Felder, der renommierte Professor der Universität Basel, erklärt im Gespräch, wie das Gesundheitssystem massiv entlastet werden kann. Es geht um Milliarden von Franken.



«Man muss ganzheitlich für die Region denken»: Stefan Felder, Professor an der Universität Basel. Foto: Nicole Pont

## Sebastian Briellmann

**Herr Felder, die Krankenkassenprämien steigen nächstes Jahr durchschnittlich um 6 Prozent. Ein Schock, finden viele Medien und viele Politiker. Ist es das auch für Sie?**  
Für mich ist das nicht überraschend, sondern ein langfristiger Trend. Trotzdem haben viele Menschen erwartet, dass die Prämien sinken, gerade nach der Corona-Pandemie. Das ist jedoch ein Irrtum – ausser die Politik handelt. Und man darf immerhin sagen: Der Druck aufs Parlament steigt, erste Vorschläge sind tatsächlich jetzt auf dem Tisch.

## Welcher Vorstoss taugt am meisten?

Es herrscht jetzt in einem breiten bürgerlichen Spektrum die Meinung vor: Bei der Franchise muss etwas getan werden. Die SVP hat das in früheren Jahren noch abgelehnt. Kurz: Die Mindestfranchise muss rauf. Das ist auch zwingend nötig, denn diese wurde seit 2004 nicht mehr angetastet. Gleichzeitig haben sich in den letzten zwei Dekaden die Ausgaben pro Kopf verdoppelt. SVP, FDP und Mitte zusam-

men hätten hier eine Mehrheit. Ich bin erstmals seit langem der Überzeugung, dass hier etwas gehen kann, gehen wird.

**Sie haben selber – mit Daten der Krankenkasse Helsana – eine Untersuchung publiziert, die zeigt: Mit einer Erhöhung der Mindestfranchise von 300 auf 500 Franken gibt es ordentlich Sparpotenzial.**  
Genau. Und zwar 1,2 Milliarden Franken Prämienreduktion. Die Prämie für die obligatorische Franchise würde um 360 Franken im Jahr sinken. In der Region, wo die Krankenkassen höher sind, betrüge die Prämienreduktion sogar 450 Franken. Konkret bedeutet dies: Wenn alle Basler und Baselbieter, die aktuell eine Mindestfranchise von 300 Franken haben, neu 500 Franken bezahlen: Dann ergäbe das Ersparnisse von 35,5 Millionen Franken in der Stadt – und 52,5 Millionen auf dem Land. Insgesamt also: 88 Millionen Franken. Das ist viel Geld.

**In Basel-Stadt hat man sich gerühmt, dass die Prämien nur leicht steigen – im Baselbiet dagegen ist man nur leicht**

## «Ein Spital im Raum Pratteln wäre optimal. Aus dem Unispital würde dann ein kleines Kantonsspital.»

**unter dem schweizerischen Schnitt. Woran liegt das? Beide Kantone behaupten, dass sie dieselben kostensenkenden Massnahmen ergriffen hätten ...**  
Absolut steigen die Prämien in beiden Kantonen. Es geht ja nicht um die prozentuale Erhöhung, sondern um den harten Fünftel im Portemonnaie. Teurer wird es deswegen auch für basel-städtische Versicherte, da deren Prämien schon hoch sind. Da darf man sich nicht von tieferen Prozentzahlen blenden lassen.

**Warum bekommt Basel-Stadt die Kosten einfach nicht runter?**  
Weil man massive Überkapazitäten hat. Und ins Unispital will man jetzt auch noch Milliarden investieren. In ein Spital, das die höchste Basisrate hat – also eine Versorgung anbietet, die man in

anderen Spitälern deutlich günstiger machen könnte. Im Clara-spital zum Beispiel, im Merian-Iselin. Im Unispital zahlt man pro Behandlung ein paar Hundert Franken mehr. Kommt noch hinzu: zu viele Wiedereinweisungen, wohl auch, weil die Auslastung in vielen Einrichtungen zu tief ist.

## Was heisst das konkret?

Wir sehen bei den Patienten in den letzten Jahren einen Rückgang bei der Verweildauer. Aber die Anzahl Betten, die bleibt gleich. Das ist gerade auf dem Platz Basel extrem. Es sollten also dringend Betten abgebaut werden – und ja: auch Spitäler geschlossen werden.

## Also muss das heissen: Bruderholzspital schliessen?

Man sollte der Bevölkerung die Wahrheit sagen: Das Bruderholz entspricht nicht mehr den modernen Anforderungen, hohe Investitionen wären nötig. Zudem gibt es einen Rückgang bei der Nachfrage nach akut-stationärer Versorgung. Deshalb: schliessen.

**Und trotzdem könnte das Unispital zahlreiche Betten abbauen?**

## Diskutieren Sie mit: Braucht es höhere Franchisen für alle?

Das Basel Center for Health Economics der Universität Basel organisiert am Montag, 14. Oktober, ein öffentliches und kostenloses Forum, das sich einer drängenden Frage widmet: Höhere Franchisen für alle? Die Diskutanten wollen erklären, welche Faktoren dafür ausschlaggebend sind, was eine Erhöhung nützen würde und was das für die Versicherten bedeutet.

Der Anlass an der Juristischen Fakultät am Peter-Merian-Weg 8 beginnt um 17.45 Uhr mit der Begrüssung – anschliessend stellen Professor Stefan Felder und Dr. Stefan Meyer ihren Report vor. Danach diskutiert das Duo die Befunde mit Andrea Bischof von Helsana. Fragen aus dem Publikum sind möglich und erwünscht. Moderiert wird der Anlass von BaZ-Autor Sebastian Briellmann. Um 19 Uhr gibt es einen Apéro für alle Besucher.

Interessierte können sich bis am Montag, 7. Oktober, anmelden via: [bche.unibas.ch/de/anmeldeformular/](http://bche.unibas.ch/de/anmeldeformular/)

## Sieben Festnahmen bei Hausräumung an Feldbergstrasse

**Basel** Die Polizei hat gestern bei der Räumung einer Liegenschaft von Randständigen an der Basler Feldbergstrasse sieben Personen festgenommen. Insgesamt wurden 16 Personen kontrolliert. Der Einsatz führte zu einer rund zweistündigen Sperrung des Verkehrs. Der Eigentümer der Liegenschaft an der Feldbergstrasse 146 hatte zuvor Strafanzeige eingereicht und um eine polizeiliche Räumung gebeten. Der Einsatz fing um 10 Uhr an und dauerte rund zwei Stunden.

Die Liegenschaft sei in der Vergangenheit immer wieder Schauplatz verschiedener Polizeieinsätze gewesen, heisst es in der Mitteilung. So kam es dort vergangenen März zu einer Schussabgabe. Verletzt wurde niemand. In der Liegenschaft halten sich Randständige und Drogenabhängige auf. Der Eigentümer hatte gemäss Mitteilung die Liegenschaft an eine Firma vermietet, welche die Wohnungen und Zimmer untervermietet. In der ersten Jahreshälfte kündigte der Eigentümer das Mietverhältnis, die Bewohner des Hauses durften unter Vermittlung der kantonalen Koordinationsstelle für prekäre Wohnverhältnisse noch bis Ende August bleiben.

Anfang September reichte der Eigentümer eine Strafanzeige und eine Räumungsklage ein. Die Bewohner seien mehrmals aufgefordert worden, die Liegenschaft zu verlassen, heisst es weiter. Der Sozialdienst der Kantonspolizei stand gestern ebenfalls im Einsatz, um bei Bedarf Obdachlose an entsprechende Institutionen zu vermitteln. (SDA)

## Rothenfluh ist vielleicht bald ohne eigene Verwaltung

**Baselland** Wie die Sissacher «Volksstimme» meldet, legt die Gemeindeverwalterin von Rothenfluh, Sabine Bucher, ihr Amt Ende Jahr aus gesundheitlichen Gründen nieder. Die frühere Gemeindepräsidentin von Läufelfingen und amtierende Landrätin (GLP) wohnt mit ihrer Familie in Sissach und übernahm die Leitung der Gemeindeverwaltung Rothenfluh am 1. August 2023. Damit stellt sich für das 800 Seelen zählende Dorf erneut die Frage, wie es mit der Verwaltung weitergehen soll.

Die Frage sei jetzt, ob die Stelle der Verwaltungsleitung neu ausgeschrieben oder eine andere Lösung angestrebt werde, so die «Volksstimme». Konkret bedeute dies, sich einer Verbundlösung mit Nachbargemeinden anzuschliessen. Für Rothenfluh biete sich da Ormalingen als Nachbar talabwärts rein geografisch eher an als etwa Zeglingen mit seinem schon existierenden Verwaltungsverband. Möglich sei auch, gewisse Dienstleistungen temporär einzukaufen.

Oltingen und Wenslingen haben kürzlich beschlossen, auf den 1. Januar 2025 dem seit einem Vierteljahrhundert existierenden Verbund der Gemeinden Kilchberg, Rünenberg und Zeglingen (Rü-Ki-Ze) beizutreten. Verbandsverwalterin Tina Weiss erklärte gegenüber der «Volksstimme», grundsätzlich könnte der Verbund im üblichen gesetzlich vorgegebenen Verfahren erweitert werden. (se)